

# Im Überblick ...

Zusammengestellt von Thomas Bärthlein

## Keine Truppen in den Irak

Nach zweimonatigen Diskussionen hat sich die indische Regierung am 14. Juli dagegen entschieden, amerikanischen Bitten um eine Truppenentsendung in den Irak nachzukommen. Erst wenn es ein UN-Mandat für den Irak-Einsatz gebe, könne Indien eine Beteiligung erwägen, erklärte Außenminister Yashwant Sinha nach einer Sitzung des Sicherheitskabinetts. Das indische Kontingent sollte nach amerikanischen Vorstellungen Divisionsstärke (rund 17.000 Mann) haben und in der Region um Mossul im Nordirak stationiert werden. Das wäre das zweitgrößte Kontingent ausländischer Truppen gewesen, sogar mehr Soldaten, als Großbritannien im Irak stationiert hat. Das Pentagon hatte bereits Experten nach Delhi geschickt, um über die Modalitäten einer indischen Truppenstationierung zu diskutieren.

Die Debatte war in gewisser Weise eine Fortsetzung der offiziellen indischen Stellungnahmen im Vorfeld und während des Irakkriegs gewesen. Man hatte den Eindruck, die Regierung wolle eine Festlegung möglichst lange vermeiden, um alle Optionen offen zu halten. Befürworter, vor allem Außenpolitikexperten und einige BJP-Politiker, hatten argumentiert, Indien habe eine einzigartige Gelegenheit, seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten durch eine solche Unterstützung deutlich zu verbessern. Außerdem könne Indien zur „Belohnung“ mit wirtschaftlichen Vorteilen in Form von Aufträgen zum Wiederaufbau Iraks rechnen. Nach einem Bericht der Zeitung *Indian Express* hatten die USA außerdem die Übernahme der Kosten in Höhe von 300 Millionen US-Dollar versprochen sowie angeblich sogar Hilfe bei der Beschaffung sensibler Nukleartechnologie.

Am Ende waren die Bedenken in Delhi jedoch stärker. Bei der Entscheidung gegen die Truppenentsendung spielten vor allem zwei Gesichtspunkte eine Rolle: Es war nicht gelungen, einen Konsens der wichtigsten politischen Kräfte für die Stationierung zu erreichen. Neben Bedenkenträgern in der Regierung hatte sich vor allem Sonia Gandhi, die Präsidentin der oppositionellen Kongreßpartei, dagegen ausgesprochen. Außerdem war die öffentliche Meinung, die schon den Irakkrieg sehr kritisch begleitet hatte, eindeutig gegen die Entsendung indischer Soldaten. Premierminister Vajpayee dürfte wenig Interesse daran haben, sich im Wahlkampfsjahr 2004 dafür rechtfertigen zu müssen, daß indische Soldaten als „Besitzer“ im Irak getötet werden.

## Vajpayee verteidigt Spitzenposition

Die BJP wird wohl mit dem amtierenden Premierminister Atal Behari Vajpayee als Spitzenkandidat in die Wahlen 2004 gehen. Anfang Juni hatte es parteiinterne Diskussionen gegeben, ob nicht der als *Hardliner* geltende Vizepremier Lal Krishna Advani die Partei führen solle, unter anderem weil Vajpayee gesundheitlich nicht immer auf der Höhe ist.

Vajpayee selbst hatte mit zwei Äußerungen für Verwirrung gesorgt: In einem Interview mit dem „Spiegel“ erklärte er, zurücktreten zu wollen, wenn seine Friedensinitiative mit Pakistan nicht zum Erfolg führe. Dann sagte er Anfang Juni öffentlich, Advani werde die Partei in die Parlamentswahl führen. Kurz zuvor hatte Parteichef Naidu vorgeschlagen, die BJP solle mit zwei Spitzenkandidaten antreten: Vajpayee, dem „Mann der Entwicklung“, und dem „*Iron Man*“ Advani. Vajpayees angedeuteter Rückzug führte jedoch sofort zu Sympathiekundgebungen aus der Partei. Naidu und andere bezeichneten den Premier als unangefochtenen Führer. Kommentatoren werteten Vajpayees Äußerungen anschließend als Trick, um seine Führungsposition zu sichern.

## Es darf tiefer gegraben werden

Die Ausgrabungen des staatlichen *Archaeological Survey of India* (ASI) in Ayodhya haben bisher keine Hinweise darauf ergeben, daß am Ort der 1992 zerstörten Babri-Moschee früher einmal ein Tempel für den Gott Ram gestanden hat, wie Hindunationalisten behaupten. Das steht in einem Zwischenbericht, den die Archäologen im Juni vorlegten. Ursprünglich sollten die Ausgrabungen, die ein Gericht im Frühjahr angeordnet hatte, bereits abgeschlossen sein. Aber der ASI hat eine Verlängerung beantragt, die inzwischen bewilligt wurde.

Unterdessen gab es auch politische Lösungsversuche für den Streit. Der *Shankaracharya* von Kanchi, Jayendra Saraswati (einer der vier ranghöchsten Hindugeistlichen), unterbreitete einige Vermittlungsvorschläge, die allerdings mehr Verwirrung als Klarheit stifteten. Nach Protesten der BJP-nahen Hinduorganisationen RSS und VHP stellte der *Shankaracharya* klar, daß er den Muslimen im Gegenzug für einen Ram-Tempel in Ayodhya weder die Öffnung anderer historischer Moscheen zum Gebet noch einen Verzicht auf die ebenfalls umstrittenen Orte Mathura und Benares angeboten habe. Die höchste Institution der indischen Muslime, das *All India Muslim Personal Law Board*, entschloß sich schließlich, die Initiative des *Shankaracharya* zurückzuweisen.

VHP und RSS setzen inzwischen offenbar darauf, den Ayodhyakonflikt per Gesetzesinitiative in ihrem Sinne zu regeln, und nicht auf Vermittlungen oder Gerichtsurteile zu warten. Aber obwohl die BJP die größte Regierungspartei ist, dürfte ein Tempelgesetz in ihrer Koalition keine Mehrheit finden.

### Unausgewogene Aufarbeitung der Gujaratmassaker?

Die juristische Aufarbeitung der Massaker im westlichen Bundesstaat Gujarat bleibt umstritten. Für besonderes Aufsehen sorgte der Fall der *Best Bakery* in der Nähe von Vadodara. Dort waren am 1. März 2002 14 Menschen lebendig verbrannt worden. Ein Gericht in Gujarat hat die angeklagten Hindus freigesprochen, nachdem einige Zeugen ihre Aussagen zurückgezogen hatten. Anschließend erklärte aber eine Zeugin, von einem lokalen BJP-Abgeordneten unter Druck gesetzt worden zu sein. Sie verlangt einen neuen Prozeß außerhalb Gujarats. Die nationale Menschenrechtskommission hat sich eingeschaltet.

Die internationale Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* (HRW) kommt in einem neuen Bericht, der am 1. Juli vorgelegt wurde, zu einem vernichtenden Fazit: 16 Monate nach den Massakern sei kein einziger Täter verurteilt. Gegen mehr als 100 Muslime sei Anklage unter dem Anti-Terror-Gesetz POTA erhoben worden, weil sie den Zug in Godhra angezündet haben sollen - der Auslöser für die wochenlangen Unruhen. Ähnliche Maßnahmen seien jedoch gegen keinen der Hindus ergriffen worden, die mehrere 100 Muslime massakriert hatten (HRW-Bericht im Internet: [www.hrw.org/reports/2003//india0703/](http://www.hrw.org/reports/2003//india0703/)).

### Indien Schwerpunktland der Asien-Pazifik-Wochen

Die Asien-Pazifik-Wochen, die seit 1997 alle zwei Jahre in Berlin stattfinden, stehen dieses Jahr ganz im Zeichen Indiens. Unter dem Motto „Indien kommt nach Berlin“ finden vom 15. bis 28. September zahlreiche Veranstaltungen in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Politik in der Hauptstadt statt. Auf dem Programm stehen unter anderem eine deutsch-indische Wirtschaftskonferenz mit Bundesminister Wolfgang Clement am 16. September, ein Bildungs- und Wissenschaftsforum am 24. und 25. September, Ausstellungen moderner und traditioneller indischer Kunst, Konzerte und Lesungen. Eröffnet werden die Asien-Pazifik-Wochen von Bundeskanzler Schröder. Das vollständige, aktualisierte Programm der Asien-Pazifik-Wochen findet sich im Internet unter [www.apforum.com](http://www.apforum.com) (Siehe hierzu auch die Veranstaltungshinweise in dieser Ausgabe).

In dieser Zeit feiert - am 27. September - auch die Deutsch-Indische Gesellschaft ihr 50jähriges Bestehen mit einer Festveranstaltung in der Indischen Botschaft in Berlin (Internetadresse der Deutsch-Indischen Gesellschaft: [www.dig-ev.de](http://www.dig-ev.de)).

### Indien wird zum Kreditgeber

Der Internationale Währungsfonds (IWF), von dem Indien jahrzehntelang Kredite bekam, hat jetzt erstmals aus Indien Mittel für seinen Krisenfonds *Financial Transaction Plan* bekommen, mit dem finanziell instabile Staaten gestützt werden. Indien hat 205 Millionen Sonderziehungsrechte, das entspricht mehr als 300 Millionen Euro, an den IWF überwiesen. Seit Beginn der Wirtschaftsreformen vor einem Jahrzehnt hat Indien beträchtliche Devisenreserven angesammelt. Die Liberalisierung der Wirtschaft unter der Regierung von Narasimha Rao war damals maßgeblich von einer akuten Devisenknappheit ausgelöst worden. Seine letzten Schulden beim IWF hat Indien im Jahr 2000 zurückgezahlt.

### Herz-OP flickt indisch-pakistanische Beziehungen

Die Herzoperation bei einem zweijährigen pakistanischen Mädchen in Bangalore hat Millionen Menschen in Südasien bewegt. Die kleine Noor Fatima war Mitte Juli mit dem ersten Bus von Lahore nach Delhi seit 18 Monaten ins Land eingereist. Ihr Vater berichtete anschließend, er sei von der Gastfreundschaft und Anteilnahme überwältigt gewesen. Zahllose unbekannte Inder hätten ihn angerufen und versichert, sie würden für sein Kind beten. Die sechsstündige Operation an zwei Löchern und defekten Herzkappen verlief erfolgreich.

### UNDP lobt Indien

Nach dem am 8. Juli veröffentlichten Weltentwicklungsbericht liegt Indien auf dem 127. Rang unter 175 Nationen. Das Weltentwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), das den Bericht jährlich veröffentlicht, verwies ausdrücklich auf die Fortschritte, die Indien bei der Reduzierung der Armut und der Alphabetisierung gemacht habe. Durch anhaltendes Wirtschaftswachstum sei der Anteil der Menschen in absoluter Armut (mit weniger als einem Dollar am Tag) von 1993 bis 2001 deutlich gesunken, und zwar von 42 auf nunmehr 35 Prozent der Bevölkerung. Einen vergleichbaren Erfolg habe nur China erreicht, so der Bericht. Südasien halte mit 40 Prozent der Armen weltweit den Schlüssel zum Erreichen der so genannten „Millenniumsziele“ zur Halbierung der Armut. Allerdings wies UNDP auch darauf hin, daß Indien beim Kampf gegen AIDS vor großen Herausforderungen stehe. Die Alphabetisierung habe vor allem in den ärmeren Unionsstaaten Fortschritte gemacht, namentlich in Madhya Pradesh.

### Mitgift in der Diskussion

Die Informatikstudentin Nisha Sharma hat im Mai mit ihrer spontanen Entscheidung, ihren Bräutigam kurz vor der Hochzeit wegen erhöhter Mitgiftforderungen verhaften zu lassen, landesweit großes Aufsehen erregt. Eine Reihe junger Frauen folgte ihrem Beispiel. Der Verlobte der 21jährigen aus Noida bei Delhi hatte wenige Stunden vor der Hochzeit zusätzliche 1,2 Millionen Rupien Mitgift von der Familie Sharma verlangt. Daraufhin alarmierte sie die Polizei, die einschreiten konnte, weil Mitgift in Indien gesetzlich verboten ist; *de facto* hält sich fast niemand an dieses Verbot. Sharma wurde über Nacht berühmt und erhielt zahlreiche Angebote, von heiratswilligen Männern, bis hin zu Parteien, die ihr eine Parlamentskandidatur anboten. Dabei ist sie nicht grundsätzlich gegen Mitgift; sie fand nur die Nachforderung unverschämt. Unzählige Frauen in Indien werden von Angehörigen gequält, um auch später noch Geld aus der Familie der Braut herauszupressen. Wenn dieser Druck keinen Erfolg hat, werden die Frauen häufig sogar (bei inszenierten „Unfällen“) getötet.